

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und
0.80 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 181.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 5. August 1930.

12. Jahrgang.

In der Welt hat die Gerechtigkeit den Vorrang vor
der Wohltätigkeit, bei Gott nicht. Spencer.

Der Agrarblock des Südoftens.

Die Konferenz der agrarischen Sachverständigen Jugoslawiens, Rumaniens und Ungarns in Sinaja war eine Sensation ersten Ranges. Wer hätte es noch vor einem Jahre für möglich gehalten, daß unter Ausschaltung der Tschechoslowakei die beiden anderen Zernierungsstaaten sich mit Ungarn zusammenschließen würden, um sich über ein agrarisches Bündnis zu unterhalten. Die meistverfaßte Regie des Herrn Benesch, der den gänzlich unpolitischen Charakter der Konferenz hervorhob und sogar erreichte, daß die Bukarester Blätter, die anfänglich dieses Ereignis freudig begrüßten, nur noch in einem außerordentlich reservierten Ton darüber schrieben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Initiative in wirtschaftspolitischen Fragen des Südoftens nicht mehr bei der Tschechoslowakei liegt. Das bedeutet gegenüber der bisherigen Lage eine entscheidende Verschiebung des politischen Schwerkraftes. Die Tschechen werden versuchen, Ende September durch die Einberufung ihrer agrarischen Bauerninternationale die Führung wieder an sich zu bringen.

Die Tschechoslowakei hat aber noch einen zweiten Konkurrenten bekommen in Polen. Noch während die Experten in Sinaja tagten, ließ die polnische Regierung an die nordöstlichen Randstaaten (ohne Litauen) sowie an die Donaufstaaten (ohne Österreich) die Einladung zu einer gemeinsamen Konferenz der Agrarminister ergehen, um angeblich einen Zusammenschluß der Agrarländer gegen das Übergewicht der Industrieländer zu erreichen. Die polnische Regierung wollte damit offenbar gewisse Sicherungen gegen das Briandische Paneuropaprojekt einschalten. Außerdem enthielt ihr Vorschlag unverkennbar eine Spitze gegen Deutschland, für das das östliche Randstaatengebiet ein wichtiger Absatzmarkt darstellt. Schließlich trachtete Polens Regierung bei der schlechten wirtschaftlichen Lage und der starken Opposition der verschiedenen Bauerngruppen, die sogar zum Austritt der Bauernvertreter aus dem Regierungsblock geführt hat, danach, außenpolitische Erfolge gerade auf agrarischem Gebiet zu erzielen.

Der polnische Vorstoß dürfte nicht gelingen. Soviel bekannt geworden ist, hat die Sinajaer Konferenz Polen um Vertagung seines Planes erfucht. Die drei südöstlichen Länder haben offenbar herausgefunden, daß sie auch ohne Polen und Tschechoslowakei in der Lage sind, ein genügend großes agrarisches Wirtschaftsgebiet zu bilden, das sich gegen Ueberfremdung schützen und die nötige Industrieimport mit Getreideausfuhr bezahlen kann.

In Sinaja ist die Frage aufgetaucht, wie man das überseeische Getreide vom europäischen Kontinent durch die Einführung von Präferenzzöllen fernhalten könne. Dieses Problem wird nicht ohne Hinzuziehung Deutschlands gelöst werden können, das bei Zurückstellung seiner Getreideimport erst den südöstlichen agrarischen Staaten den nötigen Absatzmarkt für ihr Getreide zu bieten imstande wäre. Dabei wird es gerade wichtig sein, daß der in Bildung begriffene agrarische Block des Südoftens sich sowohl von Polen wie von der Tschechoslowakei fernhält. Nur auf diese Weise wird eine mitteleuropäische Blockbildung erfolgen, die, wirtschaftlich in jeder Beziehung autark, ohne allzu große politische Reibungen zu arbeiten und damit ein wirksames Gegengewicht gegen die westliche Uebermacht darzustellen vermag. Der unnatürlichen französischen Idee einer französisch-deutsch-polnischen Koalition würde dadurch ein gesundes mitteleuropäisches Bündnis entgegengesetzt.

Die Eidesnot.

Von D. Reinhard Mumm.

Geheimrat Binding, (1841—1920) der Führer der klassischen Schule im Strafrecht, schrieb einst:

„Wer den Festtag deutscher Rechtspflege noch erleben könnte, an welchem eine erleuchtete, mutige Reichsregierung das erlösende Wort spräche: Der Eid in allen seinen Anwendungen ist aus dem deutschen Rechtsleben verboten; wir nötigen den Frommen nicht mehr zum Schwur, der ihn im Gewissen vielleicht bedrückt; wir dulden nicht mehr, daß der Atheist ihn entheiligt; wir kommen ohne ihn aus und ersetzen ihn durch feierlichste weltliche Wahrheitsversicherung, die wir uns auszusprechen vermögen. Aber der heilige Mittelpunkt unseres religiösen Lebens

fall in diesen unheiligen Rechtsstreitigkeiten des täglichen Lebens nicht mehr hundert- und tausendfältig hineingezerrt werden. Auch halten wir die Zeit der Selbstverfluchung für vergangen. Dieser Tag wird kommen. Aber wer von uns wird ihn noch schauen?“

Nun hat der Strafrechtsausschuß des Reichstages, der das neue Strafgesetzbuch berät, in zweiter (letzter) Lesung soeben auf Antrag des Erlanger Theologen Professor D. Strathmann folgende Fassung der §§ 184 und 185 beschlossen:

§ 184. Falsche Beteuerung.

Wer vor einer Behörde eine falsche Angabe macht und in der gesetzlich vorgeschriebenen Form feierlich beteuert, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Einer solchen Beteuerung steht die Berufung auf eine frühere Beteuerung gleich.

§ 185. Falsche schriftliche Versicherung.

Wer einer Behörde gegenüber eine falsche Versicherung macht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

Einer solchen Versicherung steht die Berufung auf eine früher abgegebene Versicherung gleich.

Es ist damit der Weg zur Beseitigung des Eides eröffnet. Die gleiche Mehrheit wird dies voraussichtlich bei dem dem Reichstag soeben zugegangenen Gesetz zur Einführung des Strafgesetzbuches beschließen: und wenn der Reichstag dann beitrifft, haben wir in Kürze keinen Eid mehr, sondern nur noch eine Beteuerung und eine Versicherung vor Gericht, deren Unrichtigkeit unter Strafe steht.

Was sagen wir dazu? Der Beschluß ist gefaßt mit den Stimmen D. Strathmanns, Hartwigs, D. Kahls und den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten; die bewußten Feinde des Christentums waren für die Beseitigung des Eides; die bewußten Vertreter christlicher Weltanschauung waren geteilt: für die Beibehaltung des Eides stimmte z. B. Hergt und ebenso das Zentrum.

Wir haben im kirchlich-sozialen Bund in den letzten Jahren oft die Gefahren der Säkularisationsbewegung betont. Und gewiß handelt es sich hier darum, daß eine hervorragende Betonung des Gottesglaubens im öffentlichen Leben beseitigt, also säkularisiert wird.

Und dennoch meine ich, sind die Gründe für die Beseitigung des Eides im heutigen Staatssystem schwerer wiegend als die Gründe für die Beibehaltung. Stoedter hat seinerzeit sich für das Zivilstandsregister erklärt, das die bisherige obligatorische Trauung durch den Pfarrer beseitigt hat. Auch das war „Säkularisation“ — berechtigte Trennung von Kirche und Staat.

Und wir wollen und können es nicht vergessen, daß Martin Luther schon vor 400 Jahren die Ratsherren aufgefordert hat, christliche Schulen zu errichten, er also die christlichen Schulen nicht als Kirchenschulen, sondern als Einrichtungen der weltlichen Obrigkeit gewollt hat.

In solchen Spuren gehen wir bei Beseitigung des Gerichtsweides!

Und das wichtigste ist, wir gehen den Weg der Bergpredigt! (Matth. 5, 33 ff., und Jakobus 5, 12) Unser Ja ist ein wirkliches Ja, unser Nein ist ein wirkliches Nein — was an Beteuerungen darüber hinausgeht, stammt aus dem Bösen. Jesus hat seine Weisungen für das wirkliche Leben seiner Jünger gegeben, nicht nur für ein gemaltes Leben. Nun wollen wir gewiß denen, die sagen, man müsse zum gemeinen Besten sich fügen, nicht herb entgegengetreten. Wir verkennen das Gewicht des Einwandes nicht, nach dem ersten Evangelisten — nur nach ihm — habe Jesus selbst auf das beschwörende Wort des Hohenpriesters geantwortet: „Du sagst es“, Matth. 26, 63; das „Amen“, mit dem in der jüdischen Gerichtspraxis man eine Beschwörung anzusehen pflegt, fehlt freilich. Auch Gal. 1, 20, 2. Kor. 1, 23 und 11, 31 sind zu würdigen. Aber wenn wir, wie es heute der Fall ist, als evangelische Christen es in der Hand haben, den gerichtlichen Eid zu beseitigen, sollten wir dann ihn halten — halten trotz Jesu Wort? Und halten, nachdem führende Juristen ihn fallen gelassen haben?

Man ließ ihn im Jahre 1919 zum Teil fallen, indem man in der Weimarer Verfassung einem jeden erlaubte, eine Aussage ohne Anrufung des Namens Gottes zu machen, und wer wollte denn heute noch es wieder einführen, daß erklärte Gottesleugner vor Gericht feierlich den Namen Gottes anrufen müssen? Daß eine Beteuerung ohne Bezugnahme auf Gott kein Eid mehr ist, kann nicht bestritten werden.

Also haben wir jetzt den Eid nur für diejenigen, die an Gott glauben oder doch nicht den Mut aufbringen, die

Aussage ohne die Anrufung des Namens Gottes zu machen.

Und wie ist's mitunter in Wirklichkeit? „Mit oder ohne?“ fragt ein Berliner Richter. Er meint damit: Wünschen Sie beim Namen Gottes zu schwören, oder wünschen Sie bei Ihrer Beteuerung den Namen Gottes fortzulassen? Wie oft seufzen Christen, wenn sie von einem ihnen als Undristen bekannten Richter zum Eid genötigt werden, oder wenn sie in die leidigen Fragen des Mein und Dein den Namen des Dreieinigen hineinziehen müssen.

Gewiß erlaubt die Augsburgische Konfession im 18. Artikel, „aufgelegte Eide zu tun“, aber sie stellt sich damit nicht gegen die, die das Auflegen des Eides beseitigen. Und auch die „Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung“ hat am 11. Mai 1928 dem Vorschlag Ebermayers, auf den Eid solle man völlig verzichten, freudig zugestimmt. Ebenso verlangte Konsistorialpräsident Mejer, Hannover, schon am 17. Juni 1892 in der Sitzung der Eisenacher Kirchenkonferenz die Beseitigung des Zeugeneides.

Und hat nicht D. Strathmann*) recht, wenn er sagt:

„Der Eid ruht auf der Vorstellung, daß diese bedingte Selbstverfluchung im Falle unredlicher Eidesleistungen oder des Eidbruchs mit sicherem Zwange die rächende Gottheit herbeirufen, ihre Rache den Menschen ausliefern werde, um so sicherer, als ja der Mensch in frevelnder Vermessenheit dieser Rache freiwillig sich stellt.“

Dieser ganze Vorstellungskreis widerstrebt aber dem Christentum durchaus. Einmal ist die Vorstellung, durch das Aussprechen bestimmter Eidesformeln die Gottheit in einem bestimmten Sinn zwingen zu können, abergläubischer Natur. Es kann nicht bestritten werden: die religionsgeschichtliche Wurzel des Eides liegt im Aberglauben, wie das ja oft bemerkt worden ist**). Eben gegen die abergläubische Annahme der Verfügungsgewalt über Gott und seine Kreaturen wendet sich die Kritik Jesu, Matth. 5, 34 f., freilich mehr wegen der Annahme als wegen des Aberglaubens. Außerdem aber muß gefragt werden, mit welchem Recht — Gott gegenüber — der Mensch um irgendwelcher irdischer Angelegenheiten willen über sein ewiges Schicksal verfügt, und ob es sich mit dem christlichen Liebesgebot verträgt, Menschen in Versuchung zu bringen, um irdischer Fragen willen ihr ewiges Schicksal in die Schanze zu schlagen.

Das führt hinüber zu einer weiteren Erwägung. Es ist bekannt, wie Schleiermacher in seinen Reden über die Religion gegen ihre Empfehlung vom Standpunkte der moralischen oder politischen Nützlichkeit aus und ihre entsprechende Verwendung Stellung genommen hat, um ihre Wahrheit und Würde zu wahren. Bedeutet die Religion (und anders kann es ja für den Frommen nicht sein) die höchste, für alle übrigen Verhältnisse maßgebende Beziehung des Menschen, das einzige unbedingte Verhältnis, das alle übrigen Beziehungen bedingt, so kann sie natürlich nicht zum dienenden Mittel für andere Zwecke gemacht werden, die ihr fremd sind. Das geschieht aber, wenn der Eid benutzt wird im Dienste der Rechtspflege oder sonstiger staatlicher Zwecke. Die Geringfügigkeit vieler Anlässe bei den gerichtlichen Eiden läßt dieses Mißverhältnis nur besonders deutlich hervortreten. Im Bewußtsein der Unzulänglichkeit der eigenen Mittel zwingt der Staat den Menschen zu einer religiösen Handlung, um auf dem Wege der seelischen Vergewaltigung die höchsten Garantien für die Verwirklichung nicht-religiöser Zwecke zu erreichen. Das ist Mißbrauch der Religion für profane Zwecke. Es ist zugleich Verletzung des sittlichen Bewußtseins und geeignet, den Ernst der sittlichen Verpflichtung zu untergraben. Denn es wird die Vorstellung erweckt, als ob es verschiedene Grade der Pflicht, die Wahrheit zu sagen, die Treue zu halten und den Befehlen zu gehorchen, gäbe und es den Menschen freistünde, es hiermit nicht so genau zu nehmen, wenn er sich nicht auch noch durch einen Eid zur Beobachtung dieser Pflichten verbunden hat.“

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß wir auf dem begonnenen Weg voranschreiten und uns freuen sollen, wenn, unter der tätigen Mitwirkung evangelischer Christen im Reichstag, der Eid in Kürze ganz aus der Gerichtspraxis verschwindet. (Kirchlich-log. Blätter.)

*) D. H. Strathmann, „Ist der gesetzliche Eid noch haltbar?“ Leipzig 1928, A. Deichert'scher Verlag. Preis 2,50 RM.

**) J. V. von Kant, „Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre“ § 40 u. sonst; vgl. auch z. B. D. Mayer (Strasbourg) in der „Christlichen Welt“ 1899, „Zur Frage des Zeugeneides“, Sp. 554 ff.; der Eid werde sogar im Volke immer noch angesehen als eine Zauberformel, durch die man das Verderben auf sich herabziehen könne; Kade, S. 42.

Die Deutschen im bolschewistischen Rußland.

Von Eugen Dürksen.

Tägliche Nachrichten bringen in letzter Zeit so Verschiedenartiges über die Lage in Rußland, daß sich der Uneingeweihte kaum ein Bild zu machen vermag. Im Folgenden möchte ich als einer, der die dortigen Verhältnisse meist aus eigener Erfahrung und Anschauung kennt, etwas darüber sagen. Zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick.

Auf „ewige Zeiten“ hatten Katharina II. und Alexander I. den einwandernden Deutschen große Vorrechte nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern vor allen Dingen in Kirche, Schule und Selbstverwaltung verbrieft. So konnten die Ansiedler, da sie meist geschlossene Bezirke bewohnten, und trotzdem das Mutterland sich nicht um sie bekümmerte, ein Jahrhundert lang Sprache und Eigenart bewahren. Als dann in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkrieg über die Deutschen in Rußland eine Unterdrückung hereinbrach, erwachte in ihnen mit elementarer Kraft das Zugehörigkeitsgefühl zu einem großen Volksganzen, dessen Namen sie nun erst mit bewußtem Stolz trugen. Die Russifizierung und Deutschenhe nehmen schon einen erschreckenden Umfang an, als ihnen durch die Revolution von 1917 ein Ende bereitet wurde. Ein Gefühl der Erlösung ging durch die verschiedenen Gruppen der deutschen Kolonien, und von freudiger Hoffnung erfüllt richteten sich ihre Bewohner zu frischer, froher Arbeit auf, denn die neuen Machthaber versprachen den nationalen Minderheiten Selbstverwaltung und weitgehende Kulturautonomie. Deutsche Zeitungen durften wieder erscheinen, und an den Schulen wurde Deutsch als Unterrichtssprache eingeführt, wobei sich allerdings der Mangel an deutschen Lehrbüchern sehr stark bemerkbar machte; vielfach haben die Lehrer selbst russische Bücher benutzt, den Schülern aber den Stoff auf deutsch diktiert. So sah man der Zukunft zunächst mit großen Erwartungen entgegen.

Doch schon bei der Frage der Selbstverwaltung zeigten sich Sturmwolken. Nicht durch Selbstbestimmung organisierten sich die Wolgadeutschen, sondern die Moskauer Zentrale bildete hier die sog. „Republik der Wolgadeutschen“ als besonderen Verwaltungsbezirk, unter dessen 14 Kantonen 4 russische sind. Zur Hauptstadt dieser Schöpfung wurde das Russendorf Pokrowsk und nicht das sehr viel wichtigere deutsche Katharinenstadt (jetzt Marxstadt) bestimmt. Die Amtssprache ist zwar deutsch, und es bestehen auch deutsche Zeitungen, die aber nur Fachblätter sein dürfen, wenn sie nicht parteipolitisch eingestellt sind. Indessen wäre es ein Irrtum, zu meinen, daß hier ein selbstständiges Staatsgebilde bestehe: Wie jede andere der Vereinigten Sowjetrepubliken handelt auch diese nur nach marxistisch-kommunistischen Direktiven des Obersten Volksrates in Moskau. — Interessant ist übrigens, wie die Wahl eines Dorfsowjets vor sich geht: Von der übergeordneten Behörde werden ein oder mehrere deutsche sprechende Kommunisten als Kandidaten geschickt. . . und einer muß gewählt werden. Stimmrecht haben dabei nur diejenigen, denen ein solches ausdrücklich zuerkannt worden ist. Die große Menge der früheren Gutbesitzer, der Groß- und Mittelbauern sind stimmlos und damit auch rechtlos. Ich möchte hier nicht die Not und das Elend in den Verbanntenlagern am Weißen Meer, am Ural und in Sibirien schildern. Dieses Schicksal trifft ganz besonders die Deutschen am Schwarzen Meer, die durchschnittlich weit wohlhabender waren als die Kolonisten an der Wolga. Hier ist es auch zu keiner umfangreichen politischen Zusammenfassung gekommen, trotz langwieriger Verhandlungen. Wohl sind einige deutsche Bezirke gebildet worden, die aber russischen Kreisen und Gouvernements eingegliedert sind. — Ein großes Unheil bedeutet das Bestreben der Sowjetregierung, allenthalben auf dem

den deutschen Gemeinden abgenommenen Land planmäßig Russendörfer anzulegen und damit das einst einheitliche Gefüge der Kolonien zu zerstören, ja, sie bezweckt dadurch eine innere Zersetzung. Denn in Moskau weiß man sehr wohl, daß das deutsche Bauerntum als Ganzes für den Kommunismus nicht zu gewinnen ist und fürchtet seine sittlichen Kräfte und seinen konservativen Geist.

Etwa eine Million Deutsche ringen heute in Rußland aufs schwerste um ihre Existenz. Daß sie Deutsche sind, spielt dabei nur mittelbar eine Rolle — man läßt ihnen ja die Sprache. Der Kampf geht um die geistig-seelische Haltung! Und so rückt die Frage der Deutschseins in eine Problemstellung mehr allgemeiner Art, die nicht völkisch abzugrenzen ist, sondern auf weltanschaulichem Gebiet liegt.

Es ist der überspitzte Materialismus der regierenden Machthaber im neuen Rußland, der die wertvollsten Güter geistigen und sittlichen Lebens der deutschen Kolonisten in höchste Gefahr bringt. Unsere deutsche Schule, in der wir einst nicht nur der Väter Sprache, sondern auch Gesinnung und Sitten unseres Volkes kennenlernten, und die oftmals das erfolgreich einprägte, was das Elternhaus verjagte, steht vielfach schon in krassem Gegensatz zu ihrer ursprünglichen Aufgabe. Die alten Lehrer sind entlassen oder verbannt. Kommunisten, auch Deutsche, hämmern den Kindern ein, daß Ehe und Familie überlebte Institutionen der Bourgeoisie seien, daß Religion gleich Gift wirke, und daß jeder Geistliche um selbsttätiger Zwecke willen schwindeln und betrügen, denn einen Gott und ein Seelenleben gäbe es ja gar nicht. Die Kinder werden möglichst oft durch Veranstaltungen außerhalb der Schule dem Einflusse der Eltern entzogen. So wird der Grund untergraben, auf dem hauptsächlich das Gebäude unserer Kraft und unserer Leistung ruht: Der Gottesglaube und die deutsche Familie. Denn auf diesem Umwege hofft die proletarische Diktatur bei den deutschen Bauern (und das sind nach dem Bürgerkriege 80 bis 90 Prozent aller in Rußland lebenden Deutschen!) das zu erreichen, was sie direkt selbst unter Anwendung von Gewalt nicht durchsetzen vermochte: Die Kollektivierung des Wirtschaftsbetriebes mit dem Endziel: Kommunismus. Es gibt aber wohl kaum eine Wirtschaftsform, die noch weniger als diese für den eigenständigen deutschen Landmann geeignet wäre, der aufs tiefste mit Grund und Boden, mit Hab und Gut verknüpft ist. Frei auf freier Scholle, gebunden nur durch ein starkes Stammesbewußtsein, will er schalten und walten, sich seiner Arbeit und des Ertrages freuen!

Wenn erst das neue Rußland aus dieser traurigen Uebergangszeit zum wahren Aufbau schreitet, dann wird auch der deutsche Kolonist wieder an erster Stelle sein, wo es gilt, Kulturgüter zu schaffen. Und wenn sich auf dem Grundstock des Bauerntums eine starke deutsche Intelligenz heranzubilden vermag, dann werden die Deutschen in Rußland wohl noch eine große Mission zu erfüllen haben. Möchte dann das deutsche Volk seine Blicke nach Osten richten und nicht vergessen, daß die jahrhundertalte Tradition „Gen Ostland woll'n wir reiten“ auch jenen deutschen Siedlern im Blute wallte, die von Sibirien nach Turkestan und bis in die Küstengebiete des Stillen Ozeans zogen, dem deutschen Namen durch Fleiß und strebame Tätigkeit Ansehen und Ehre schaffend!

Unhaltbare behördliche Auftragsregelung.

Da schreiben sich die Leute die Finger wund, um endlich zu erreichen, daß bei der behördlichen Auftragsvergebung das Geld im Lande bleibt, und besonders die unter der größten Arbeitslosigkeit leidenden Wirtschaftsbereiche bedacht werden. Anscheinend vergeblich. In der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie (besonders in der östlichen Pflastersteinindustrie) ist die Absatznot seit

mehr denn einem Jahr sehr groß. Von der Steinindustrie ist überhaupt nur ein kleiner Prozentsatz in Beschäftigung. Außerordentlich große Pflastersteinvorräte liegen in den schlesischen Granitgebieten und anderswo auch. Sie zeugen von Absatznot, Arbeitslosigkeit und großer Zinsenlast. Mehrfach ist der christliche Berufsverband der Steinarbeiter und der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften an den zuständigen Stellen vorstellig geworden, um die Eisenbahnen und insbesondere die Kommunen zur Abnahme von Straßenbaumaterial und Schotter zu bewegen. Manche Verprechungen sind gemacht worden. Und was müssen wir jetzt sehen? Es gehen ganze Kreise im Osten dazu über, große Straßenaufträge in ausländischem Material zu vergeben — trotz allergrößter Bemühungen der deutschen Steinindustrie. Nachdem vor wenigen Wochen der Kreis „Klatom-Krona“ vorangegangen ist, ist jetzt auch der Kreis „Deutsch-Krone“ ihm bei der Bestellung ausländischen Straßenbaumaterials gefolgt. Es ist völlig unverständlich, daß Baubehörden wie der Kreis „Deutsch-Krone“, denen doch zweifellos die niederdrückenden Verhältnisse der deutschen Steinindustrie genügend bekannt sein dürften, sich einfach über alles hinwegsetzen und ausländische Baustoffe einführen. Durch solche Vergabungen an ausländische Firmen werden Tausende deutscher Arbeiter um Lohn und Brot und die deutsche Industrie um ihre Lebens- und Verdienstmöglichkeit gebracht. In diesem Zusammenhang ist es noch interessant, daß die Mittel zum Ausbau der Straßen dieser östlichen Kreise von der Regierung zur Verfügung gestellt und von der deutschen Arbeiterschaft durch Steuern mitaufgebracht werden mußten.

In der Steinindustrie können besonders viele Arbeitskräfte deshalb beschäftigt werden, weil der Verarbeitungsprozent eine Lohnsumme von 60 bis 80 Prozent des gesamten Wertes des Materials ausmacht. Es muß die Öffentlichkeit dagegen mobil gemacht werden, daß solche Verhältnisse gegen die vitalsten Grundsätze der deutschen Volkswirtschaft nicht wieder vorkommen und daß die verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden. Das kann umso mehr überall da verlangt werden, wo, wie schon betont, die Aufträge im Rahmen des von der Regierung mit öffentlichen Mitteln unterstützten Bauprogramms vergeben werden. Solche Methoden widersprechen auch absolut den Vorschlägen und Wünschen des Reichstages, des Reichswirtschaftsrats und aller volkswirtschaftlich vernünftig eingestellten Kreise.

J. Baltrusch.

Die Gesundheitsfürsorge.

Von
H. Vortisch.

Sowohl in der deutschen als auch in der internationalen Sozialversicherung hat sich in der Nachkriegszeit mehr und mehr der Gedanke durchgesetzt, daß Vorbeugen besser und billiger als Heilen ist. Die auf solche Weise erhaltene Arbeitskraft bildet ein volkreiches Gut. Der Grundgedanke, daß zum Wesen der Sozialversicherung außer der Hebung der materiellen Lage des Versicherten und seiner Angehörigen auch die gesundheitliche Förderung, und zwar sowohl durch Heilung eingetretener Schäden als auch durch Schadensverhütung und Vorbeugung gehört, wird so z. B. in der deutschen Rentenversicherung seit den Jahren ihres Bestehens anerkannt und beachtet.

Invaliden- und Angehörigenversicherung, die als Träger dieser Gesundheitsfürsorge in erster Linie in Frage kommen, sind zur Durchführung entsprechender Maßnahmen gesetzlich nicht verpflichtet. Nichtsdestoweniger werden diese freiwilligen Leistungen in keiner Weise vernachlässigt. Die dafür aufgewandten Mittel sind im Gegenteil ganz erheblich. Sie betrugen im Jahre 1929 in der Invalidenversicherung 131 Millionen Mark und in der Angehörigenversicherung 23,5 Millionen Mark. Die auf den Kopf des Versicherten für die Gesundheitsfürsorge entfallenden Ko-

Der Dorftag in Nettstedt.

Zum ersten Male fand in diesem Jahre Ende Juli ein deutscher Dorftag in Nettstedt statt. Er wurde veranstaltet vom Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege in Verbindung mit der Westfälischen Heimstätte. Es mag im ersten Augenblick verwundern, daß der Blick der Veranstalter bei Auswahl des Tagungsortes auf dieses bescheidene Dörfchen am Fuße des Wiehengebirges fiel, das nur schwer zu erreichen ist. Aber der Name Nettstedt hat in den letzten Jahren einen besonderen Klang bekommen über die Grenzen der engeren Heimat hinaus. So fand sich denn eine nicht sehr große, aber für den Heimatgedanken stark interessierte Teilnehmer-schar im freundlichen Kinderheim zur Tagung ein.

Worin liegt nun die Anziehungskraft Nettstedts? Früher war Nettstedt ein Dorf wie jedes andere auch. Man lebte der Arbeit, den seltenen Vergnügungen, das Leben zog langsam seine Kreise. Dann kam der Krieg, die Revolution und viel Not und Elend in ihrem Gefolge. Man begann aufzuwachen. Was hatte das Leben noch für einen Zweck, wenn die, für die man schaffte von früh bis spät, die Kinder, an Tuberkulose dahinsiechten? Gab es niemand, der diesem Elend Einhalt gebot? Da erwachte dem Dorf ein Helfer und Führer in Rektor Meyer-Spelbrink. Er fand den Weg, leiblicher und seelischer Not der Großen und der Kleinen abzuwehren. So kaufte er zunächst einen alten Stall und richtete darin eine Badeanstalt ein, in der auch Solbäder verabreicht wurden. Der Anfang war gemacht, aber es fehlte das Geld zu weiteren Ausbau der Kindererholungskuren in einem sonnigen Kindererholungsheim, wie Rektor Meyer-Spelbrink es erträumte. Doch es kam eine unerwartete Hilfe. Es entstanden aus unbedeutenden Anfängen heraus die Nettstedter Heimatspiele. Das kam so. Schon lange ver-

langte die Seele des Bauern, des Zigarrenarbeiters nach Feierstunden in dem öden Einerlei des täglichen Lebens. Vereinsfeiern mit dem Profit der Gemütlichkeit, Regeln und Skaten in verqualmten Wirtshäusern, Trinken und Schmatzen hatten keine Anziehungskraft mehr. So kamen einige junge Leute zu dem Rektor und seiner Frau und baten sie, zu helfen, ein richtiges Fest zu feiern. Man veranstaltete ein wunderschönes Erntedankfest mit fröhlichem Umzug, Liedern und Volkstänzen, woran das ganze Dorf teilnahm. Den Höhepunkt bildete ein Laienspiel auf einer Bauernbühne. Im nächsten Winter gab es in Nettstedt 27 Dielenbühnen! Das Kind in der Seele des Volkes war wieder erwacht, das sich über das eigene Selbst hinaussteigern will. Altvertraute Stücke aus dem Schullesebuch wurden dramatisiert. Da wurde Andreas Hofer, Szenen aus dem Tell usw. gespielt, auch das liebe Platt fand wieder eine Pflegestätte. Ohne daß man es merkte, war das ganze Dorf durch das Spiel zu einer Gemeinschaft zusammengekommen. Wie anders war jetzt das Leben bei Brautabenden und Hochzeiten! Die langen Winterabende schreckten jetzt nicht mehr. Volkstanzabende, Klampfenabende und Spielabende brachten Unterbrechung und Anregung. Von den geringen Einnahmen der Spielabende wurden Bücher angeschafft. Das Spiel, die ganze Jugend, auch einige Ältere waren daran beteiligt, hatte die Menschen ausgelockert, eine feine, geistigere Lebensart hatte im Dorf Eingang gefunden, die sich natürlich in den gesamten Lebensbeziehungen ausdrückte. Politische Gegenstände blieben freilich bestehen, aber man kannte jetzt den Gegner und achtete ihn. Die politischen Kämpfe blieben ohne persönliche Angriffe.

Nun ging es aufwärts mit dem Dorf. Aus dem Badehaus wurde nach und nach das große sonnige Kinderheim. Rektor Meyer-Spelbrink hatte keinen Weg gesucht, hatte in Wort und Schrift für sein Kinderheim geworben. Er hatte sogar Hugo Stinnes in Berlin kühn

auf der Straße angesprochen, um ihn für das Kinderheim zu interessieren. Oft stockte der Bau, da die Geldmittel fehlten, dann taten sich plötzlich unbekannte Quellen auf. Schließlich wurde nach Überwindung von viel Feindschaft und Mißtrauen mit Hilfe der Schulkinder, die Stein für Stein den Berg hinaustrugen, das Heim vollendet. Daneben entstand auf dem benachbarten Hünenbrink eine große Freilichtbühne. Das Gößspiel brachte 74 000 Besucher nach Nettstedt, der Tell 113 000. Dieses Jahr wird das eigens für den Hünenbrink geschriebene, packende Mitteleuropäische Heinrich Römers aufgeführt. Der Ertrag der Spiele kommt dem Kinderheim und der Dorfgemeinschaft zugute. So konnten in diesem Jahre die weit ins Land hineinschallenden Glocken auf dem Hünenbrink erklingen, die jetzt mit ihrem Klang Freude und Leid im Dorfe begleiten.

Nettstedt steht da als ein leuchtendes Beispiel für alle Kleingläubigen. Hier gelang es einem Mann, aus dem Glauben an den Sieg der Güte, durch persönliche Opfer Großes zu schaffen. Diese Tat ist Vorbild und fordert Nachahmung.

Aus diesen kurzen Ausführungen geht hervor, daß der Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege für seine Tagung in Westdeutschland keinen glücklicheren Rahmen finden konnte als Nettstedt. Dieses kleine Dorf hat fast unbewußt alles das aus sich heraus geschaffen, was der Verein pflegen und fördern will: Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände auf dem Lande, gesundheitliche Fürsorge, Förderung des Geistes- und Gemütslebens, heimatliche Gestaltung des gesamten ländlichen Lebens. So mußten auch die Vorträge und Beratungen, die sich in diesem Rahmen abspielten, und die durch die geistigen Führer des Ortes, Meyer-Spelbrink und Korte, den Leiter der Spielgemeinschaft, Bereicherung fanden, äußerst lebendig und anregend werden.

ten sind in der
Mark etwas niedri-
ger, sie 7,36 Mark.

Daß diese An-
gesundheitsschäden
zeigt deutlich ein-
sorge in der In-
versicherungssamt
wurden von dem
Marken (191
76,8 Millionen
sicherten oder ein-
geben. 30 Milli-
Maßnahmen zur
und zur Hebung d-
gewendet. Hausge-
kranken während
wurde in Höhe
Zinsnachlässe bei
belaufen sich auf
stungen zum wir-
fänger und der V-
Invaliden- und
Marken M. ausge-

Den Trägern
Jahre 1929 28
300 603 Anträge
Von den ersten
78,1 v. H. geneh-
zahlen der Angeh-
90,4 v. H. Die B-
behandelten Per-
digen Steigen b-
Jahre auf 389 71

Im Boderberg
anstalten steht der-
gen: Tuberkulose
den behandelten
an diesen Kranke-
ten Mittel machen
behandlungs-kosten
der Todesfälle d-
Beendigung des
wegen Geschlechts-
dagegen von 11
vergangenen Jah-
ren ist, daß die
schlechtskrankheit-
krankheitsfälle ge-
handelten Person-
an „anderen K-
die besonders a-
den angehen: S-
lungen, Erkrant-
der Verdauungs-
Die Dur-

Heilversfahrens-
kuloze betragen
732,67 M., die
Tage. Die ent-
fahren wegen „a-
312,74 M. und
lung hatte den
etwa 80 v. H.,
und bei anderen
Fälle.

Um zu ve-
erkrankten Ver-
weiter gedrückt
rungsanstalten
war entweder
krediten an A-
der Zinsverlust
natürlich nicht
immerhin auf et-

Für
Die Prakti-
fischen Landtag-
suchen, für den
aufzuführen bzw.
führung der all-

Die Tagung
lenz v. Lindequ-
Dorftage dazu
arbeiter und So-
daß ihre Kultur
rücksteht. Die
die Erhaltung d-
überhaupt. Der
wesen gewidmet
der Westfälischen
forgesellschaft)
punkt in der
habe man dort
herrschte, also
Siedlungsweisen
heute erkenne
lichen Kleinied-
es ermöglichte,
einen Zuschuß

Darauf beru-
über den Ver-
Stand der von
in Deutschland
bauverfahren u-
erklärt. Das B-
— obwohl er n-
bringt — fons-
Nachbarhilfe. S-
liche Krisis hi-
sie am eigenen
Leider wird die
versicherung un-
verliert seine U-
er ist damit ab-
sich beim Arb-
eine Verrückun-

teinarbeiter.
staf in Be-
steinmörte
d anderswo
tslosig-
er christliche
samtverband
ndigen Stel-
n und insbe-
Straßenbau-
he Verpre-
fen wir jetzt
dazu über,
ndische m
üfter Ve-
ndustrie.
Platom-Kro-
eis „Deutsch-
ländlich, daß
denen doch
e der deut-
dürften, sich
ndische Bau-
n ausländi-
ter um Lohn
Lebens- und
Zusammen-
um Ausbau
Regierung zur
Arbeiterchaft
en.
iele Arbeits-
r Verarbeit-
Prozent des
Es muß die
n, daß solche
er deutschen
daß die ver-
gen werden.
den, wo, wie
n der Regie-
n Baupro-
a widerspre-
einschen des
aller volks-
Baltrusch.
orge.
der inter-
der Nach-
durchgeleitet,
heilen ist.
kraft bildet
s, daß zum
Hebung der
der Angehör-
und zwar
als auch
gehört, wird
seit den
tet.
ng, die als
linie in
entsprechend-
et. Nichts-
istungen in
aufgewandten
n. Sie be-
versicherung
tenversicherung
ppf des Ver-
enden Ko-
Kinderheim
e Geldmittel
Quellen auf-
viel Feind-
er, die Stein
n vollendet.
enbrink eine
74 000 Be-
s Jahr wird
n, packende
Der Ertrag
Dorfgemein-
die weit ins
enbrinkturn
Freud und
Beispiel für
Mann, aus
persönliche
bild und for-
vor, daß der
atpflege für
glücklicheren
dieses kleine
aus geschaf-
l: Besserung
des Landes,
tes- und Ge-
anten länd-
en und Gera-
en, und die
er-Spielbrink
Bereicherung
en.

ten sind in der Angestelltenversicherung mit 6,91 Mark etwas niedriger als in der Invalidenversicherung, wo sie 7,36 Mark betragen.

Daß diese Aufwendungen auf die Kreditseite der Gesundheitsbilanz des deutschen Volkes zu buchen sind, zeigt deutlich ein Bericht über die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung, den das Reichsversicherungsamt kürzlich herausgegeben hat. Danach wurden von dem Gesamtkostenaufwand von 131 Millionen Mark (1913 41,4, 1925 53,6 Millionen Mark) 76,8 Millionen Mark für Heilverfahren, die die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abwenden sollen, ausgegeben. 30 Millionen Mark wurden für allgemeine Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität und zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse aufgewendet. Hausgeld für die Angehörigen eines Erkrankten während der Dauer seines Heilverfahrens wurde in Höhe von 10,6 Millionen M. gezahlt. Die Zinsnachlässe bei gemeinnützigen Vermögensanlagen belaufen sich auf 7,7 Millionen M. und die Mehrleistungen zum wirtschaftlichen Nutzen der Rentenempfänger und der Versicherten auf 3 Millionen M. Für Invaliden- und Waisenfürsorge wurden rund 2 Millionen M. ausgegeben.

Den Trägern der Invalidenversicherung lagen im Jahre 1929 282 779 Anträge auf ständige und 300 603 Anträge auf nichtständige Behandlung vor. Von den ersteren wurden 62,5 v. H., von den letzteren 78,1 v. H. genehmigt. Die entsprechenden Verhältnis- zahlen der Angestelltenversicherung betragen 63,2 bzw. 90,4 v. H. Die Zahl der in der Invalidenversicherung behandelten Personen ist seit dem Jahre 1897 in ständigem Steigen begriffen und belief sich im letzten Jahre auf 389 716.

Im Vordergrund des Wirkens der Versicherungsanstalten steht der Kampf gegen die Volksseuchen: Tuberkulose, Lupus, Geschlechtskrankheiten. Von den behandelten Personen litten 64 605 = 16,4 v. H. an diesen Krankheiten. Die für ihre Heilung verwendeten Mittel machen aber 42,1 v. H. der gesamten Heilbehandlungskosten aus. Erfreulicherweise geht die Zahl der Todesfälle durch Tuberkulose in Deutschland seit Beendigung des Krieges ständig zurück. Die Zahl der wegen Geschlechtskrankheiten behandelten Personen ist dagegen von 11 630 im Jahre 1925 auf 23 433 im vergangenen Jahre gestiegen, was darauf zurückzuführen ist, daß das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu einer größeren Erfassung der Krankheitsfälle geführt hat. Der größte Teil der behandelten Personen (325 111) litt, wie der Bericht sagt, an „anderen Krankheiten“. Als solche Krankheiten, die besonders an der Volksgesundheit zehren, werden angesehen: Krebskrankheiten, rheumatische Erkrankungen, Erkrankungen des Herzens, der Nerven und der Verdauungsorgane.

Die Durchschnittskosten eines ständigen Heilverfahrens wegen Lungen- und Kehlkopf-tuberkulose betrugen für Männer 845,25 und für Frauen 732,67 M., die durchschnittliche Dauer 81 und 94 Tage. Die entsprechenden Zahlen bei einem Heilverfahren wegen „anderer Krankheiten“ sind 377,46 bzw. 312,74 M. und 36 bzw. 39 Tage. — Die Heilbehandlung hatte den erhofften Erfolg bei Tuberkulose in etwa 80 v. H., bei Geschlechtskrankheiten in 96 v. H. und bei anderen Krankheiten in etwa 94 v. H. der Fälle.

Um zu vermeiden, daß die Lebenshaltung von erkrankten Versicherten durch allzu hohe Mieten noch weiter gedrückt wird, werden von den Landesversicherungsanstalten häufig Mietzuschüsse gegeben, und zwar entweder direkt oder in Form von verbilligten Krediten an Baugenossenschaften und Einzelsiedler. Der Zinsverlust, der hierdurch entsteht, ist rechnerisch natürlich nicht genau zu erfassen. Er dürfte sich aber immerhin auf etwa 7 Millionen M. belaufen.

Für Einführung der Wahlpflicht.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Sächsischen Landtag hat beantragt, die Regierung zu ersuchen, für den Freistaat Sachsen die Wahlpflicht einzuführen bzw. mit der Reichsregierung über die Einführung der allgemeinen Wahlpflicht zu verhandeln.

Die Tagung wurde durch Staatssekretär a. D. Exzellenz v. Lindequist eröffnet. Er betonte besonders, daß die Dorfstage dazu beitragen sollen, dem Bauern, dem Landarbeiter und Handwerker auf dem Lande klarzumachen, daß ihre Kultur in keiner Weise hinter der städtischen zurücksteht. Die Pflege des ländlichen Volkstums bedeutet die Erhaltung der lebendigen Kraft unseres Volkstums überhaupt. Der erste Tag war dem ländlichen Siedlungs-wesen gewidmet. Herr Generaldirektor Vormbrock von der Westfälischen Heimstätte (Provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaft) wies darauf hin, daß jetzt ein Wendepunkt in der Wohnungspolitik eingetreten sei. Früher habe man dort gebaut, wo die größte Wohnungsnot herrschte, also vornehmlich in den Städten. Das ländliche Siedlungswesen sei dabei vielfach zu kurz gekommen. Heute erkenne man endlich den großen Wert der ländlichen Kleinsiedlung, der Wohn- und Wirtschaftsstätte, die es ermögliche, in den wirtschaftlich so unsicheren Zeiten einen Aufschwung zur Lebenshaltung beizubehalten.

Darauf berichtete Fräulein v. Bodelschwing-Dünne über den Verdegang, die Entwicklung und den heutigen Stand der von ihrem Vater, Pastor G. v. Bodelschwing in Deutschland eingeführten Lehmhausweise. Das Lehmhausverfahren und seine Finanzierung wurden eingehend erklärt. Das Wichtige beim Lehmhaus ist nicht der Lehm — obwohl er natürlich eine Ersparnis der Materialkosten bringt — sondern das Lebendigwerden der Selbst- und Nachbarnhilfe. Vielen Arbeitslosen könnte über eine feilsche Krisis hinweggeholfen werden, wenn es gelänge, sie am eigenen und nachbarlichen Hausbau zu beschäftigen. Leider wird dies durch das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung unmöglich gemacht, denn ein Erwerbsloser verliert seine Unterstützung, wenn er für sich Werte schafft, er ist damit zur Untätigkeit verurteilt. Der Verein will sich beim Arbeitsministerium dafür einsetzen, daß hier eine Änderung eintritt.

Ein merkwürdiges Angebot.

Roch-Weser an Scholz.

Einigung der Mitte durch Rücktritt der beiden Führer? — Berlin, 4. August.

Reichsminister a. D. Roch-Weser richtete einen Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, in dem er ausführte, bei der Gründung der Deutschen Staatspartei hätte keineswegs die Absicht bestanden, gesinnungsverwandte Kräfte der Deutschen Volkspartei auszuschließen. An Dr. Scholz habe man sich deshalb nicht gewandt, weil er eine Verbindung nach links nur gleichzeitig bei dem Entstehen einer Verbindung nach rechts habe eingehen wollen und weil er die Volkspartei als Reichsvereinigung bei seinen eigenen Bemühungen nicht berücksichtigt habe. Zudem habe die Zeit gedrängt.

Nach einem Hinweis darauf, daß auch heute noch die Türen offenstünden, führt Reichsminister a. D. Roch-Weser dann fort:

„Das deutsche Volk will angesichts der Schwere der bevorstehenden Entscheidungen die Verbindung gesinnungsverwandter Kreise zu einer deutschen Staatspartei. Das zeigt uns das starke und ermutigende Echo, das unsere Gründung überall gefunden hat, übrigens auch in Kreisen rechts von der Deutschen Volkspartei, und in Kreisen, die in der partei-offiziellen Presse bis jetzt nicht zu Worte kommen. Der Kampf um eine handlungsfähige Mehrheit im neuen Reichstag verlangt geschlossenes Vorgehen großer Gruppen. Ich würde es für ein national-politisches Unglück halten, wenn in diesem Wahlkampf unsere Parteien sich in einem kleinlichen Zank gegenüberstehen und vielleicht sogar erbittern würden, wer am Scheitern der Einigung Schuld ist. Beide Kreise der Wählerschaft wollen keine Erörterung der Schuldfrage, sondern eine Einigung. Ich möchte auf das Eindringlichste darauf hinweisen, daß die deutsche Zukunft schwer gefährdet ist, wenn die heute bestehende Gelegenheit zu einer Einigung verpaßt wird.“

Angesichts dieser großen Verantwortung dürfen persönliche Fragen und taktische Meinungsverschiedenheiten keine Rolle spielen. Wenn meine Person im Wege steht, weil ich die Art der Gründung der neuen Partei zu verantworten habe, so bin ich bereit, den Weg freizumachen. Ich schlage Ihnen vor, daß zur Ausbildung aller hemmenden Empfindungen und Empfindlichkeiten hüten und drücken wir beide uns von der neuen Partei zurückhalten und sie anderen Kräften überlassen. Ich mache diesen Vorschlag in der Gewissheit, daß bei dem Nebeneinander der beiden Parteien weder Dämpfungsvorurteile des Wahlkampfes noch gemeinsame Anfeindungen und ähnliche kleine Mittel fruchtlos politischen Zank verhindern werden, sondern nur ein entschlossener Wille zu völliger Neugestaltung unter weitgehender Heranziehung neuer und junger Kräfte.“

Das „starke und ermutigende Echo“, das die Gründung der Staatspartei „überall gefunden“ haben soll, wird von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ — dem parteiamtlichen Pressedienst der D. V. P. — einer sehr eingehenden Kritik, bezw. Richtigstellung unterzogen.

Die Antwort der Volkspartei.

Die Nationalliberalen Korrespondenz, der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, schreibt zu dem Brief Roch-Wesers an Dr. Scholz, es liege keine Veranlassung für Minister a. D. Dr. Scholz, dem seine Partei einstimmig das Vertrauen ausgesprochen habe, vor, zurückzutreten.

„Ein Führerproblem“, so fährt die Korrespondenz dann fort, „kann überhaupt nicht dadurch gelöst werden, daß gewisse Schichten die Führung für sich in Anspruch nehmen, sondern nur wenn die dazu geeignete Persönlichkeit da ist. Aber wo ist heute

die ganz überragende Persönlichkeit, die einen solchen Einfluß und eine solche politische Bedeutung hat, daß hinter sie die bewährten Führer der politischen Parteien ohne weiteres zurücktreten müssen? Sollte etwa Herr Mahraun diese Persönlichkeit sein? Die Deutsche Volkspartei hat jedenfalls keine Veranlassung sich mit dem Führerproblem zu beschäftigen, weil Herr Roch-Weser gescheitert ist.“

Darüber hinaus wird die Deutsche Volkspartei, wenn jetzt die Staatspartei unter anderer Führung zu der Frage der Sammlung und Zusammenfassung eine andere Haltung einnimmt, sicher ohne weiteres bereit sein, mit ihr und den anderen Parteien hierüber zu verhandeln.

Im übrigen ist auch die Behauptung falsch, daß die Deutsche Volkspartei jemals an eine Ausschüttung der Volkspartei gedacht habe.

Urlaub Roch-Wesers.

Nach keine Entscheidung über die Führung der Staatspartei.

Wie von der Deutschen Staatspartei mitgeteilt wird, hat Roch-Weser einen in Folge der Anstrengungen der Reichstagsession und der Gründung der Deutschen Staatspartei notwendig gewordenen vierzehntägigen Erholungsurlaub bis zum Beginn der Wahlkampagne angetreten. Minister Dr. Höpfer-Mosch wird ihn während dieser Zeit in der Leitung des Aktionsausschusses der Deutschen Staatspartei vertreten.

Ueber die Führung der Deutschen Staatspartei wird eine Entscheidung erst nach den Wahlen auf dem ersten Parteitag der neuen Partei getroffen werden können.

Die jungen Volksparteiler für Einheitsfront.

Absage an die Staatspartei.

Kassel, 3. Aug. Unter starker Beteiligung — waren über 100 Ortsgruppen vertreten — fand in Kassel am Sonnabend und Sonntag der Reichsvertretertag der Reichsvereinigung junger Volksparteiler statt. Eine Aufteilung des Bürgertums nach rechts und links sei nicht erwünscht. Die Tagung bedeute einen Appell an die Jugend zur Errichtung einer politischen Kampfgemeinschaft. Die Regierung Brüning sei das einzig mögliche Kabinett des Bürgertums.

Eine lebhafteste Aussprache schloß sich an. Von allen Seiten wurde stärkere Berücksichtigung der jungen Generation gefordert. Einstimmig wurde darauf folgende Entschliebung angenommen:

„Breiteste Schichten des deutschen Volkes sind des Parteistretes müde und fordern die Sammlung aller Deutschen, die in nationaler Disziplin und Verantwortung gegen Phrasen und Staatsverneinung stehen. Die Erfüllung dieser Volkssehnsucht ist die besondere Aufgabe; die in dieser geschichtlichen Stunde der jungen Generation zufällt. Als ihr Vorkämpfer hat die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler dafür zu sorgen, daß die zur großen Sammlung drängende Parteienbewegung der Mitte nicht vorzeitig erstarbt, daß nicht einseitige Teilschlösungen die geforderte Gesamtlösung unmöglich machen. Diese Sammlung darf nicht an Regiesehlern und Mißgriffen scheitern. Wenn die neugegründete Deutsche Staatspartei und die in ihr vorhandenen jungen Kräfte ernsthaft gewillt sind, nach den entsprechenden Erklärungen ihrer Gründer zu einer allgemeinen Sammlung beizutragen, so wird auch sie neue Wege zu Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei finden. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler wird jeden Versuch zu einer Verständigung fördern. Sie erwartet dabei, daß die Staatspartei sich der Notwendigkeit, sich in die beabsichtigte große Parteienfront

Den Abschluß der einführenden Vorträge bildete ein von Lichtbildern unterstützter Vortrag von Herrn Dipl.-Ing. Vudenberg-Bielefeld über ländliche Siedlungen. Er trat besonders für die geschlossene Siedlung ein, weil die Streusiedlung zu große Aufschliebungskosten erfordere. In der holländischen Gartenstadt Hilversum scheine eine glückliche Lösung für die Neuordnung des Verhältnisses von Industrie und Landwirtschaft gefunden zu sein.

In der nun folgenden Aussprache betonte Herr Landrat v. Borries-Herford noch einmal die Wichtigkeit des aus eigener Kraft geschaffenen Einfamilien-Eigenheims für die Entwicklung unseres Volkstums. Er trat der augenblicklich vorherrschenden Vorliebe für die geschlossene Siedlung entgegen und wies darauf hin, daß es schon Tacitus aufgefallen sei, daß die Germanen für sich wohnen, dort, wo ihnen eine Quelle, ein Feld oder ein Gehölz zustehe, diese Wohnheit von mehreren tausend Jahren dürfe nicht ohne Not verlassen werden.

Bei einer sich anschließenden Autofahrt, die weit in das Ravensberger Land führte, hatten die Teilnehmer Gelegenheit, neben verschiedenen mustergültigen Siedlungen der Ravensberger Heimstätten-Gesellschaft, auch einige Lehmhäuser zu besichtigen (im Landkreis Herford, gibt es über 200!) und sich von ihrer Standfestigkeit und Zweckmäßigkeit zu überzeugen.

Der zweite Tag war ein Sonntag, der die Teilnehmer einen dörflichen Feiertag miterleben ließ. Ein Gottesdienst im Freien leitete durch eine Predigt über 1. Kor. 12 „Das Grundgesetz des Gemeinschaftsideals“ sein zu dem zweiten Thema der Tagung „Dörfliches Gemeinschaftsleben“ über.

Bei gutem Wetter konnte am Nachmittag das Witterkindspiel gegeben werden. Nach dem Spiel fanden sich die Spieler mit ihren Familien im Garten des Kinderheims

zu einem Dorfabend ein. Es wechselten Volkslieder und Volkstänze auf dem grünen Rasen im Schein von vielen Hundert Kerzen. Das gab ein herzerfreuendes Bild. Herr Lehrer Vormbrock erfreute die große Dorfgemeinde durch eine plattdeutsche Ansprache, und Herr Dekonomierat Lembke zeigte Filme von früheren Dorftagen. Der Abend schloß mit dem Westfalenlied und dann hieß es „Gute Nacht“, besonders auch für die Kleinen aus dem Kinderheim, die diesen Abend miterleben durften.

Der Montagmorgen war den Fragen des dörflichen Gemeinschaftslebens gewidmet. Es bedurfte nicht mehr vieler Worte, um zu erläutern, was damit gemeint ist, denn alle Teilnehmer hatten in den wenigen Tagen in Rettelstedt dörfliche Gemeinschaft erlebt. Dekonomierat Lembke-Berlin faßte in einem kurzen Vortrag die Erfahrungen zusammen, die er als langjähriger Geschäftsführer des deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege gesammelt hat. Das Dorf braucht Führer, die ohne viele Worte durch die Tat wirken. Sie müssen den Willen haben, sich durchzusetzen. So demokratisch das Wort Dorfgemeinschaft klingt, so aristokratisch ist es in Wirklichkeit. Der Führer muß bodenständig sein, deshalb ist häufiger Lehrer- und Pfarrerverwechsel für die Entwicklung des Gemeinschaftslebens gefährlich. Manche soziale Gesetze haben, ohne es zu wollen, die dörfliche Gemeinschaft beiseite geschoben, ohne die Not beseitigen zu können. Derjenige ist immer noch am besten verortet, auch in Notzeiten, der in einer lebendigen Gemeinschaft steht. Die dörflichen Feste müssen Höhepunkte im Dorfleben sein, sie dürfen sich nicht im Dorfwirtshaus abspielen, das Dorf muß wieder dazu erzogen werden, schöne Feste ohne Alkohol und Tabakqualm zu feiern.

Der erste Dorftag in Westfalen war für viele ein Erlebnis und wird hoffentlich hin und her in deutschen Landen noch Früchte tragen. Dr. Lena Lappe.

einzuweisen, nicht entzieht. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler bejaht den von der Deutschen Volkspartei in dieser Richtung unternommenen Versuch. Sie wendet sich entschieden gegen jede Bestrebung, die Deutsche Volkspartei zu spalten und die Reichsvereinigung junger Volksparteiler in einen Gegensatz zu ihr zu drängen. Daß sich eine neue Front politischer Parteien mit dem Ziele eines großen Zusammenschlusses anbahnt, ist das Verdienst der jungen Generation. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler geht in gleichem Sinne den Weg der Sammlung, den die Deutsche Volkspartei einschlägt und dient damit der Erneuerung des Reiches."

Zu dieser Entschiedenheit wurden in einer Pressebesprechung noch einige Erklärungen abgegeben. Der Schritt von Dr. Scholz wurde völlig gebilligt. Die Reichsvereinigung junger Volksparteiler lehne es ab, sich von der Volkspartei abdrängen zu lassen. Sie verlange Förderung der weiteren Sammlungstätigkeit.

Die Jungdemokraten springen ab.

Vereinigung unabhängiger Demokraten gegründet.

Nürnberg, 4. Aug. Am Sonntag wurde in Nürnberg im Künstlerhaus die „Vereinigung unabhängiger Demokraten“ gegründet. Wie die Vereinigung parteiunabhängig ist, gab die Veranlassung zu ihrem Entstehen die Gründung der deutschen Staatspartei. Die Vereinigung wolle alle entschiedenen demokratischen Kräfte sammeln. Sie vertrete die Ziele der alten Vorkriegsdemokraten und der Jungdemokraten: entschiedenen Kampf für Schwarzrotgold, als Symbol der unerfüllten Forderungen der Weimarer Verfassung, Schutz dieser Verfassung gegen den Mißbrauch des Artikels 48, Kampf gegen offenen und versteckten Antisemitismus, gegen die Bürgerblock-Bestrebungen, für entschiedenen Pazifismus mit dem Ziel eines den Frieden unbedingt sichernden auch zur Revision der Friedensverträge berufenen Völkerbundes. Der Gründungsauftrag der Vereinigung ist u. a. unterzeichnet von Ludwig Lüdke als erstem Vorsitzenden, Rechtsanwalt Braubach-Berlin, Helmut von Gerlach-Berlin, Rechtsanwalt Albert Payer-Stuttgart, Redakteur Max Reinheimer-Berlin, und Otto Stündt-Nürnberg als Reichsgeschäftsführer.

Industriekonferenz beim Kanzler

Aussprache über die Preispolitik. — 50 Mill. Mark für Notstandsarbeiten.

Reichskanzler Dr. Brüning empfängt in den Nachmittagsstunden des heutigen Montags Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu einer Besprechung aktueller Wirtschaftspragen. Eingeladen sind u. a. Geheimrat Dr. Duisberg, Frowein, Generaldirektor Krämer, Dr. Silberberg, Geheimrat v. Borfig, Geheimrat Dr. Böhmer und Geheimrat Dr. Käst.

Wie wir erfahren, dient die Konferenz einer Aussprache über die Preispolitik. Die Vertreter der Industrie haben um die Besprechung nachgesucht, um sich über die Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Preispolitik zu unterrichten, andererseits liegt es aber auch der Reichsregierung daran, die Auffassung der Industrie kennenzulernen. Mit dem Konflikt in der Metallindustrie und mit dem Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Richtlinien über die Vergütung öffentlicher Arbeiten hat die Konferenz beim Reichskanzler nichts zu tun.

Zu der Gründung einer Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten wird noch mitgeteilt, daß der Ausschuss, in dem Reichsminister a. D. Dernburg den Vorsitz führt, demnächst durch Persönlichkeiten der Wirtschaft, sowie Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise ergänzt werden wird. Auch ist beabsichtigt, Mitglieder des Reichsrats und des Reichstags zuzuwählen. Die Gesellschaft unterliegt der Aufsicht des Reiches, die durch den Abteilungsdirigenten im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrat Dr. Weisiegel ausgeübt wird.

Die Gesellschaft wird ihre Tätigkeit in kurzer Zeit aufnehmen. Sie wird sich zunächst mit einem Programm von Notstandsarbeiten für die kommenden Monate zu befassen haben, für das sie etwa 50 Millionen Mark aufzubringen haben wird. Die Vorbereitungen sind bei den Landesregierungen und bei den Landesarbeitsämtern bereits im Gange. Wesentliche Änderungen des Verfahrens werden nicht eintreten.

Die Aufträge der Reichspost.

Die Vergabe erfolgt unter Beachtung der Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums.

Die Reichspost hat im Hinblick auf die Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums für die Vergabe öffentlicher Aufträge folgende Anordnungen getroffen:

Den Arbeitsämtern und den Gewerbeaufsichtsbehörden liegt es ob, darüber zu wachen, daß die bei Vergabe der Aufträge gestellten Bedingungen bezüglich der Vermeidung von Überstunden, der Neueinstellung von Arbeitskräften und der tüchtigen Verwendung inländischen Materials erfüllt werden. Um diesen Behörden die Möglichkeit zu geben, die Überwachung durchzuführen, teilen die Vergabestellen der deutschen Reichspost ihnen die auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms erteilten einzelnen Aufträge mit.

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn
Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Freundliche

Sommerwohnung

unmittelbar am Walde, 5 Min. v. Bahnh. Gasterode. Marianne Jeep, Waffertochter, Wernigerode, Luftrstraße 31.

Erholungsbedürftige

die sich nach Stille und Frieden sehnen, finden in unserem herrlich im Kleinenwalde gelegenen Hause und vier Waldhäuschen liebevolle Aufnahme. Badegelände, eig. Landwirtschaft.

Christliches Erholungsheim
„Johannesberg“ E. Untensch,
Seibeburg (Kr. Harburg)

EISU Stahl-Betten Schlafzim.
u. Holz- u. Metall- u. Stahl-
Kinderb., Polster, Chaisel, an jeden Teil.
Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Stahl (Thür)

Notverordnung in Bayern.

Einführung der Schlachtsteuer mit Wirkung vom 15. August ab.

Die vom Bayerischen Landtag und seinen Ausschüssen mehrfach abgelehnte Einführung einer Schlachtsteuer ist nunmehr von der bayerischen Regierung im Wege der Notverordnung erfolgt. Die Schlachtsteuer tritt mit Wirkung vom 15. August ab in Kraft. Die Ausführungsbestimmungen erläßt das Finanzministerium.

Tschangsha zurückerobert.

Die in der Stadt anässigen Deutschen alle in Sicherheit.

Der kommunistische Aufstand im Yangtsetal hat eine neue Wendung genommen. Ein Kanonenboot der chinesischen Regierungsruppen drang bis in die Hauptstadt der Provinz Hunan vor und vertrieb die kommunistischen Abteilungen nach heftiger Beschließung aus Tschangsha. Die Kommunisten haben inzwischen die Stadt aufgegeben und sich in Richtung Hankau in Marsch gesetzt. Die in Tschangsha anässigen Deutschen befinden sich alle, wie fest festgestellt, in Sicherheit.

Aus Hankau werden Plünderungen der umliegenden Dörfer durch kommunistische Truppen gemeldet. Zahlreiche Chinesen sind in die Konzeptionszonen geflüchtet. Den Schutz dieser Gebiete haben drei französische Kriegsschiffe übernommen. Wer sich nach Mitternacht in Hankau auf der Straße zeigt, wird erschossen.

Washington auf dem Rückzug.

Aufhebung des gegen russische Rohstoffe verhängten Einfuhrverbots.

Das Schatzamt der Vereinigten Staaten hat das Einfuhrverbot gegen russische Rohstoffe aufgehoben und die Zollbehörden angewiesen, die Lösung der in amerikanischen Häfen liegenden Schiffe zu gestatten. Washington hat damit einen völligen Rückzug angetreten; der Handelskrieg mit Rußland ist zu Ende.

Offiziell wird die Aufhebung des Einfuhrverbots damit begründet, daß nicht nachgeprüft werden konnte, ob die russischen Einfuhrerzeugnisse tatsächlich von Gefangenen hergestellt worden seien und damit gegen die Gefangenearbeitsklausel verstoßen. In Wirklichkeit dürfte die Aufhebung aber deshalb erfolgt sein, weil die Schiffsahrtsgesellschaften und die auf russische Rohstoffe angewiesene Industrie gegen das Einfuhrverbot Protest eingelegt haben.

Hirth und Weller in Neufabril.

Kein Start bei Gegenwind.

Die auf Neufabril auf Island angelangten deutschen Ozeanflieger Hirth und Weller befinden sich nach ihrem Flug wohl, obwohl sie während des Fluges stark unter der Kälte zu leiden hatten. Die kleine Maschine hat nur katastrophale Siege, so daß die Flieger keinen Schutz gegen Wind und Kälte haben. Sie hatten keine Pelze mitgenommen, um das dadurch ersparte Gewicht für Betriebsstoff frei zu haben. Sie flogen in ihrer letzten Kleidung über den Ozean. Nunmehr haben Hirth und Weller sich mit wollener Kleidung versehen. Das Flugzeug ist imstande, Benzin für einen Flug von 60 Stunden an Bord zu nehmen. Es wird damit gerechnet, daß der Flug von Island nach Labrador 25 Stunden in Anspruch nimmt. Die Flieger haben nicht die Absicht, bei Gegenwind zu starten. Sollte ein solcher während des Fluges eintreten, dann wollen sie sofort umkehren.

Ein mißglückter Flug um die Erde.

— Harbour Grace (Neufundland), 4. August. Das Flugzeug „City of New York“, das bei seinem Flug um die Welt hier eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, ist beim Versuch, zum Weiterflug zu starten, zu Bruch gegangen. Die Flieger John Henry Mears und Henry Brown sind unverletzt. Das Flugzeug startete in der Dunkelheit bei künstlicher Beleuchtung mit großer Geschwindigkeit. Infolge Bruchs des Fahrwerks geriet der Apparat in eine Baumgruppe, wobei er in Trümmer ging.

Letzte Meldungen.

Die Reichstagsung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände abgefragt.

— Berlin, 4. August. Mit Rücksicht auf die Reichstags-Neuwahlen am 14. September und die hiermit zu erwartende Inanspruchnahme weiterer Arbeitsausschüsse Deutscher Verbände zusammengeschlossenen Bevölkerungsgruppen ist die für den 15.-17. September dieses Jahres auf dem Weissen Hof bei Dresden geplante Reichstagsung des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände abgefragt worden.

Disziplinarverfahren wegen Beteiligung am Volksbegehren.

— Bremerörde, 4. August. Gegen mehrere Gemeindevorsteher im Kreise Bremerörde ist das Disziplinarverfahren eröffnet worden, weil sie seinerzeit den Aufruf für das Volksbegehren mit unterschrieben haben.

Wenn Sie verreisen

und den »Aufwärts« während dieser Zeit nicht vermissen möchten, so wenden Sie sich bitte an Ihr Postamt oder an Ihren Briefboten. Die Umleitung der Zeitung kann nur durch Ihre Postanstalt gegen Entrichtung einer Gebühr von 50 Pfennig geschehen.

Geschäftsstelle des »Aufwärts«

Uebergangsbestimmungen zu den polnischen Zoll

erhöhungen.

— Warschau, 4. August. Zu den Einfuhr-Zollerhöhungen, die der Wirtschaftsausschuß des Ministerrats beschlossen hat, erfahren wir, daß Schmalz- und Specksendungen, die bis zum 31. Juli deklarieren sind, sowie Weizenmehl- und Grühfendungen, die bis zum 30. Juli zur unmittelbaren Einfuhr nach dem polnischen Zollgebiet aufgegeben sind, binnen 30 Tagen noch den bisherigen Zollsätzen unterliegen und nicht den neuen erhöhten Zöllen.

Polnisch-französisches Flugabkommen.

— Warschau, 4. August. Im Außenministerium wurde ein polnisch-französisches Flugabkommen unterzeichnet. Das Abkommen, das für 10 Jahre geschlossen ist, hat den Zweck, die Entwicklung des französisch-polnischen Handelsflugverkehrs zu fördern. Insbesondere steht es die Aufrechterhaltung der bisherigen Flugverbindung Paris-Warschau über Prag vor, schafft aber gleichzeitig eine neue Luftverbindung zwischen den beiden Städten über Berlin.

Verschiedenes.

Die Stellungnahme der christl.-nationalen Gewerkschaften zu den Gegenwartsfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ueber dieses Thema sprach der Kreistagsabgeordnete Gewerkschaftssekretär Fritz Gehring, Zöllnbeck in einer gut besuchten Funktionärerversammlung des Bezirkskartells der christlich-nationalen Gewerkschaften von Viefeld Stadt und Land und Halle i. W.

Nach den mit Interesse aufgenommenen Ausführungen des Referenten, welcher sich mit dem Arbeitslosenproblem, der Arbeitsbeschaffung, der Heranziehung der Bevölkerungskreise in gesicherten Lebensstellungen zum gemeinsamen Opfer, dem Preisabbau und den Lohnbaubestrebungen der Arbeitgeberkreise befaßte, setzte eine lebhafte Aussprache ein, welche in folgender Entscheidung festgelegt wurde:

„Die Funktionäre im Bezirkskartell der christlich-nationalen Gewerkschaften von Viefeld Stadt und Land und Halle i. W. erblicken in der Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsbeschaffung die vorrangigste Aufgabe für Staat und Kommune, an deren Lösung alle Bevölkerungskreise in aufopferungsbereiter Weise mitarbeiten müssen.“

Alle Sonderbestrebungen zur Arbeitslosenversicherungsfrage, welche gegen die Volksverbundenheit verstoßen, werden abgelehnt. — Vom Staat und von den Kommunen werden eingehende Sparmaßnahmen verlangt, Verbilligung des Zinsendienstes, sowohl in öffentlichen wie privaten Geldinstituten, ist eine Vorbedingung, um die Wirtschaft in Gang zu bringen.

Notwendige Reformen in der Sozialversicherung werden anerkannt. Die Sozialversicherungsgesetzgebung hat die Aufgabe, den Invaliden, Kranken und Hilfsbedürftigen zu stützen. Sie ist aber nicht geschaffen worden, um den in der „Arbeitsgemeinschaft der für die Sozialversicherung tätigen Berufe“ als Prototypen zu dienen und diesen gute Einnahmequellen zu schaffen.

Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen, sowie zwischen Großhandels- und Lebenshaltungsindezes ist ungefund. Zur wirtschaftlichen Gesundung ist eine Senkung der Preise dringend geboten. Die hierdurch erzielte Steigerung des Reallohnes liegt im volkswirtschaftlichen Interesse.

Die dann erreichte höhere Kaufkraft der Arbeitnehmer, welche 70 Prozent des deutschen Volkes betragen, wird den Innenmarkt aufnahmefähig machen und die Wirtschaftskrise abschwächen und abkürzen.

Die Funktionäre der christlich-nationalen Arbeitnehmererschaft werden sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für diese Aufgaben einsetzen.“

Bethel.

— Zur gest. Beachtung! Vom 2. August ab schließt die Anstaltspost Sonntags um 4 Uhr nachmittags, ist aber dafür von 8 bis 4 Uhr durchgängig geöffnet. Der letzte Botengang wird anstatt um 2¼ um 1 Uhr angetreten, später abgegebene Post wird erst Montag früh besorgt. Auf den Dienststufen der A.-P., die sich in jedem Betriebe befinden, ist diese Aenderung zu vermerken.

— Versammlung der Konfirmierten: der Mädchen am Dienstag, den 5., der Knaben am Mittwoch, den 6. August, abends 8 Uhr bei Herrn Pastor Wilmanns, Saronweg 37.

— Mittwoch, den 6. August, nachmittags 1½ Uhr:

Feuerwehrrühung.

Pünktlich antreten. Der Brandmeister.

— Wo mag Pastor F. v. Bodelschwingh seinen Stuhl stehen gelassen haben? Keine Kennzeichen, aber sehr stark und schwer mit Eisenpiße.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Ostseebad Ahlbeck.

Park-Hospiz

in vornehmer Ruhe in eigenem Waldgarten liegend, 2 Minuten vom Meere und der großen Promenade, hohe und luftige Zimmer, behagl. Gesellschaftsräume. Gewissenhafte Verpflegung bei mäßigen Preisen. Prospekt.

Kaiser-Natron

milde im Geschmack und sehr bekömmlich, bringt Erleichterung und Linderung bei Sodbrennen, Magensäure, wirkt beruhigend. Man verlange ausdrücklich Kaiser-Natron nur in grüner Original-Packung, niemals lose, in den meisten Geschäften. Rezept gratis. Arnold Holste Wwe., Bielefeld. (1-47)

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija.

Nr. 182.

Vor

Daß ich
Nur so
Vor w
Auf w
Wenn
Brid v

Alle

Die Notveror
ist erheblich umf
hin erwartet hat
tagsbeschlüß vo
steuern, die den
kommen und der
Gemeindesteuern
zuwenden sind, n
ren Verpflichtun
sie die Realsteuer
ein gewisses Ma
Die neue Steuer
sämtlichen Mitgl
zeichnet worden,
mitglieder berei
dieser Steuern

Die eine der
den erschlossen
anspruchnahme
hiersteuer. Sie
den bereits. Sie
miert. Für die
Bier werden vo
Sätze genau vo
aus zwei Grün
keit im gesamt
steuer-Dasen) un
halb derer das
fall eine Werf
Gemeindebeste
abwendbar zu
muß, weil viele
stätten anläßlich
rundungen nach
des Rahmens d

Eine neue S
in der ursprüng
für alle vollzäh
mit einer Progr
niedrigsten Gru
len 6 Mark, die
gen Einkommen
gerabgabe wird
erhöhen, d. h.
Steuerkaffe ab
es, die Gemein
zu machen und
Bevolligungsfr
Wenn jetzt gek
steuer) unföial
aber einen erz
tungen ausübe
ren und mögli
Gemeinden wie
bedarfs in der
die Gewerbeste
vergeblich auf
gerung der Un

Die Reichs
weil das Aufk
Gewisse Verbr
weinsteuer —
wiß ist der E
wirtschaftlichen
agratischen In
Zolleinnahmen
sen die meisten
Körperschafts
senumsatzsteuer
fälle bei alten
Steuern weitm
möglich und te